

DIE ZEIT

20/1999

Der Krieg gegen die Ambivalenz

Kosovo II: Wie kann die Politik handeln, nachdem sie das Gesetz des Handelns aus der Hand gegeben hat?

Armin Nassehi

Der kriegerische Einsatz der Nato unter Führung der Vereinigten Staaten hat bis jetzt nicht das erreicht, was er beabsichtigte. Das Kosovo und ganz Jugoslawien sowie die beteiligten Anrainerstaaten sind so weit von einer friedlichen Lösung entfernt wie nie. Sicher wäre es zynisch, die Kausalitäten umzukehren und den Exodus Hunderttausender als Folge des Nato-Krieges anzusehen. Aber daß die kriegerische Intervention mit dem besten, was die westliche Militärtechnologie unterhalb der Schwelle nuklearer Zerstörungskraft hergibt, nicht einmal für temporäre Entlastung hat sorgen können, wirft ein ambivalentes Licht auf diesen Krieg. Daß die Akzeptanz dieses Krieges zu bröckeln beginnt, hat vor allem mit dem Selbstverständnis des Westens als Global Player zu tun.

Das Fatale an der derzeitigen Situation der westlichen Allianz ist, daß sich weder das Argument vom Tisch wischen läßt, der Verzicht auf eine Intervention des Westens wäre unmöglich gewesen, schlicht aus humanitären Gründen. Ebensovienig läßt sich daran vorbeisehen, daß jede Bombe auf Jugoslawien der Ethnisierung von Konflikten auf dem Balkan Vorschub leistet. Das Dilemma des Westens könnte nicht größer sein, und die List der politischen Vernunft in Deutschland besteht gerade darin, daß dieses Dilemma politisch von einer Koalition getragen werden muß, deren Verteidigungsminister geradezu als Inkarnation eines nichtmilitärischen Habitus gelten kann und deren Außenminister sich sicher nie hat träumen lassen, öffentlich allzu verschleiernde Nato-Bulletins verteidigen zu müssen.

Das Zauberwort in der öffentlichen Diskussion heißt: *politische Lösung*. Sie soll entweder mit militärischen Mitteln ermöglicht werden - etwa in Form von Rechtsgarantien für das Kosovo und deren Kontrolle durch internationale Instanzen -, oder sie soll an die Stelle der militärischen Logik treten. Die Rückkehr der Politik wird angemahnt. Vielleicht liegt das Dilemma aber woanders. Ist nicht der Krieg selbst *Politik*? Ist er nicht die logische Folge des Politischen selbst? Ist er nicht geradezu unvermeidlich gewesen?

Einer der größten Erfolge der europäischen Moderne liegt sicher darin, Nationalstaaten als *politische Gemeinschaften* hervorgebracht zu haben. Der Mythos und das Selbstbewußtsein der europäischen Moderne gründen letztlich darauf, daß sich in den begrenzten gesellschaftlichen Räumen von Nationalstaaten so etwas wie ein handlungsfähiges *Wir-Gefühl* herausbilden konnte. Der Vorgang ist bekannt: Mit der kultur- und bildungspolitischen Herstellung einer gemeinsamen Welt mit gemeinsamen Problemen, der medialen Verbreitung und permanenten Selbstbestätigung dieser Wirklichkeit, mit der in allgemeinen, freien und gleichen Wahlen simulierten Abbildung des Souveräns im politischen Zentrum der Gesellschaft, mit der massenhaften Versorgungssicherung von Bevölkerungen durch sozialstaatliche Kontrollen des Kapitalismus und durch versicherungstechnische Daseinsvorsorge hat sich ein moderner Königsweg herausgebildet, der sich selbst als nahezu alternativloses Gesellschaftsmodell versteht und der ohne Zweifel das "goldene Zeitalter" (Eric Hobsbawm) nach dem Zweiten Weltkrieg begründet hat. Der Erfolg dieses Modells

gründet vor allem in der Vorstellung, daß sich gesellschaftliche Probleme durch politische Entscheidungen lösen lassen. Die Politikform des souveränen, auf gesellschaftlichen Konsens und auf domestizierte Konflikte aufgebauten Staates zehrt letztlich immer noch von der Hegelschen Zumutung von 1821, im Staat verkörpere sich die "Wirklichkeit des substantiellen Willens", ja das "an und für sich Vernünftige".

Auf diese Zumutung ist der ungeheure Anspruch wie auch ein eigentümlicher Widerspruch demokratischer politischer Systeme gegründet. Einerseits besteht ein unbändiges Vertrauen in staatliche Politik, Konflikte regeln, Bedürfnisse befriedigen und Interessen aufeinander abstimmen zu können. Andererseits aber sieht sich das politische System immer dann besonderem Mißtrauen ausgesetzt, wenn gerade dieses Vertrauen erschüttert wird, wenn die Steuerungskompetenz verfehlt wird. Politik wird als Steuerungszentrum der Gesellschaft angesehen und muß sich dies stets zurechnen lassen - was in erfolgreichen und undramatischen Zeiten leichter fällt als in Zeiten, in denen sich gesellschaftliche Dynamiken nicht an die Planungshorizonte politischer Entscheidungen halten.

Was derzeit als Souveränitätsverlust der Staaten angesichts der Globalisierung diskutiert wird, verweist auf ein grundlegendes Problem jeglicher staatlicher Politik. Diese ist niemals in der Lage, das zu tun, was ihr zugerechnet wird: die Gesellschaft zu steuern, das heißt, in jeweiligen Entscheidungsgegenwarten die Zukunft tatsächlich binden zu können. Denn die Politik der Gesellschaft ist weder die Gesellschaft selbst, noch vermag sie diese zu repräsentieren. Spätestens die globalisierte Moderne verweist uns darauf, daß staatliche Politik eben nicht das Zentrum der Gesellschaft darstellt. Auf dem Spiel steht *Handlungsfähigkeit*. Politik scheint das *Gesetz des Handelns* aus der Hand zu geben. Und heilen läßt sich diese Krankheit nur durch eines: *durch Handeln*.

Die gegenwärtige Nato-Strategie im Kosovo exerziert dies wie in einem großen Feldversuch vor. Daß die Verhältnisse im Kosovo unhaltbar sind, ist unbestritten, ebenso, daß Europa angesichts seiner eigenen Geschichte Völkermord und Vertreibung auf seinem eigenen Kontinent nicht dulden kann. Es muß also gehandelt werden. Und es wird gehandelt. Um zurechnungsfähig zu erscheinen, bleibt der westlichen Politik offensichtlich nichts anderes übrig, als ihre eigene Machtlosigkeit durch machtvolles Auftreten zu verschleiern. Die Angriffe der Nato, so alternativlos sie derzeit womöglich sind, richten sich auch gegen sie selbst, gegen das ambivalente Verhältnis von Politik und Gesellschaft nämlich. In anderen Politikfeldern läßt sich dieses ambivalente Verhältnis noch parteipolitisch auflösen. Steuerungsdefizite und Mißerfolge liegen dann an den falschen Entscheidungen der falschen Entscheidungsträger, die durch richtige Wahlentscheidungen bei der nächsten Wahl korrigiert werden können.

Was zumindest in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, also beim Versuch der politischen Steuerung von ökonomischen Prozessen, dem politischen Publikum immer deutlicher wird, zeigt sich angesichts der Kosovo-Krisenpolitik erst recht mit grausamer Deutlichkeit. Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten klaffen weit auseinander. Und so ist es besser, überhaupt zu handeln, selbst wenn Konzept und Zielhorizont zweifelhaft bleiben müssen. Die politische Lösung ist also nichts weiter als die Lösung des zentralen politischen Problems, nämlich handlungsfähig zu erscheinen.

Nicht umsonst stehen bei den politischen Akteuren moralische Beteuerung von Aufrichtigkeit und der Rekurs auf gemeinsame Werte an erster Stelle. Moral und hehre Werte müssen immer dann herhalten, wenn nichts anderes mehr taugt - weder Planungs- und Zielhorizonte noch konkret herstellbare Lösungen. Moral und hehre Werte bieten keine Sachargumente an, sie bringen nur die Haltung der Akteure in den Blick und helfen, am Problem der Planungssicherheit und der Zukunftsfähigkeit gegenwärtiger Entscheidungen vorbeizukommunizieren. Die Hauptfolge solcher Kommunikation ist die, sich nicht um ihre Folgen kümmern zu müssen. Dieser Rigorismus des Moralischen ist spätestens seit Kants Pflichtethik bekannt, die den moralischen Wert einer Handlung von ihren Konsequenzen

vollständig abkoppelt.

Das soll nicht heißen, solche Konsequenzen ließen sich angesichts des Kosovo-Krieges wirklich kontrollieren. Im Gegenteil: Der Rekurs auf Moral, Werte und Aufrichtigkeit reagiert nur auf diesen Kontrollverlust. Und daß etwa in Deutschland Intellektuelle ihre Legitimationsrhetorik fast ausschließlich auf Moral und Werte aufbauen und nicht auf politische Nutzenabwägungen, zeugt davon, wie schmerzhaft das Eingeständnis sein muß, daß sich die Krise nicht steuern läßt. Das gilt auch für den Aufruf der Schriftsteller in der *taz* an die Nato, die Bombardierung fortzusetzen. Seht, es wird doch gehandelt, und das unter Einsatz erheblicher Ressourcen und Menschenleben!

Aber genau das ist Teil des Problems. Ein derart optimistischer Blick verkennt womöglich das grundlegende Bezugsproblem des Politischen, das darin besteht, das *Gesetz des Handelns* in der Hand behalten zu können. Es ist eine Tragödie, am Ende des 20. Jahrhunderts feststellen zu müssen, daß - mitten in Europa - die Eisdecke der Zivilisation kaum dicker geworden ist. Sie pflegt dann zu tauen, wenn Bevölkerungen nicht ein Mindestmaß an Erwartungssicherheiten und Lebensperspektiven haben, wenn sie nicht von elementarsten Fragen der Daseinsvorsorge entlastet sind. Daß auf dem Balkan der offene Faschismus ausgebrochen ist, darf nach dem Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung niemanden verwundern. So traurig es ist: daß sich staatliche Politik dort fast logischerweise der Ethnisierung von Konflikten bedient, ist geradezu ein Blick in den Spiegel unserer eigenen Geschichte. Das europäische Staatensystem seit dem späten 18. Jahrhundert ist nichts anderes als das Ergebnis erkalteter Eruptionen ethnisierter politischer Konflikte. Und daß im Westen die deutsche Teilnahme an diesem Krieg als Beweis für die endgültige Reifung der Bundesrepublik gilt, erinnert allzusehr an die Logik des 19. Jahrhunderts, nach der es allein Kriege sind, die Nationen gebären können. Vielleicht gilt das gleiche nun auch für Europa als politische "Nation". Auch dies verweist auf die "Fratze unserer eigenen Geschichte" (Rudolf Scharping).

Europa hat eines demonstriert: Es hat Handlungsfähigkeit bewiesen. Es hat sich aber auch selbst darauf aufmerksam gemacht, daß den politischen Akteuren ihre Wirkungen zunehmend entgleiten. Die Tragödie besteht darin, daß es ganz offensichtlich keine Alternative gegeben hat, obwohl zunehmend deutlich wird, daß die militärischen Aktionen weder die Region noch den Konflikt der ethnischen Gruppen beruhigen werden, sondern allenfalls den Westen und seinen politischen Mythos: *Er hat gehandelt*.